

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

17. Wahlperiode

Abgeordneten-Büro Berlin:

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132

E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn

Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/9824216

E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

Deutschland ist wieder der Wachstumsmotor in Europa Mainzer Erklärung und Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht 2011

Zum Jahresauftakt hat der Bundesvorstand der CDU im Rahmen seiner Klausurtagung mit der „Mainzer Erklärung“ ein Konzept für die Zukunft des Industriestandorts Deutschland beschlossen. Deutschland ist unter der unionsgeführten Bundesregierung im Jahr 2010 stark aus der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen.



(Wirkte mit an der „Mainzer Erklärung“ der Bundes-CDU: Vorstandsmitglied Thomas Strobl)

Mit einem Wirtschaftswachstum von 3,6% und einem Rückgang der Arbeitslosigkeit auf unter drei

Millionen stehen wir im europäischen Vergleich an der Spitze.

Im Jahr 2011 will die christlich-liberale Koalition diese Position sichern und die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich die außerordentlich gute Entwicklung des vergangenen Jahres auch in Zukunft fortsetzt.

Dabei ist die Erkenntnis maßgeblich, dass unser Land seinen wirtschaftlichen Aufschwung vor allem der internationalen Wettbewerbsfähigkeit seiner Industrie verdankt. Die Union bekennt sich deshalb – ganz im Gegensatz zu den Grünen – eindeutig zum Industriestandort Deutschland. Mit einer Politik, die auf exzellente Bildung und Forschung setzt; mit einer Politik, die für solide Staatsfinanzen und eine moderne Infrastruktur steht sowie einer Politik, die eine klimafreundliche Energie- und zuverlässige Rohstoffversorgung sichert, wird die Union Deutschland als modernen Industriestandort ausbauen.

Über Jahrzehnte hat sich in unserem Land eine vielfältige Industrielandschaft entwickelt, die die Grundlage für Beschäftigung und Wohlstand ist. Dabei gibt es mit dem Automobilbau, dem Maschi-

nenbau und der chemischen Industrie starke Leitbranchen, die zu den besten der Welt gehören und global agieren. Diese Branchen müssen gestärkt werden und nicht – wie es die Grünen auf einer Klausurtagung ihrer Bundestagsfraktion im vergangenen Jahr beschlossen haben – schrumpfen.

Bei den anstehenden Landtagswahlen geht es darum, erfolgreiche Standortpolitik fortzusetzen: Wie zum Beispiel in Baden-Württemberg, wo sich eines der weltweit führenden Zentren für Automobil- und Maschinenbau entwickelt hat.

Die CDU-geführte Landesregierung hat diese Entwicklung durch eine gezielte Wirtschafts- und Standortpolitik, den Aufbau moderner Bildungsangebote und einer modernen Infrastruktur eng begleitet und gefördert.

In der ersten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages im neuen Jahr ging es an diesem Donnerstag bei der Regierungserklärung zum Jahreswirtschaftsbericht 2011 durch Bundeswirtschaftsminister Brüderle und der sich anschließenden Debatte ebenfalls um die Erholung der Deutschen Wirtschaft.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Joachim Pfeiffer, erklärte: „Die deutsche Wirtschaft wächst und wächst. Für das Jahr 2011 werden 2,3 Prozent prognostiziert. Der Beschäftigungsstand war mit durchschnittlich 40,5 Millionen im Jahre 2010 so hoch wie noch nie zuvor. 2011 können wir mit durchschnittlich 40,8 Millionen Beschäftigten rechnen, in einzelnen Spitzenmonaten sogar mit mehr als 42 Millionen. Dies zeigt ganz deutlich: Es war richtig, Konjunkturpakete in der Krise zu schnüren, um der Wirtschaft unter die Arme zu greifen. Nun ist die Wirtschaft gefestigt, die Konjunkturpakete können auslaufen. Gleichzeitig war es richtig, eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik zu verfolgen. Dadurch wurde unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und Arbeitsplätze wurden geschaffen. Dies kommt jetzt auch den Beschäftigten zugute. Denn das verfügbare Einkommen steigt im nächsten Jahr stärker als die Inflationsrate. Das bedeutet im Klartext: Mehr Netto vom Brutto! Wir realisieren damit durch unsere Politik, was von anderen immer voll-

mundig gefordert, aber selbst nie erreicht wurde. Deutschland ist wieder der Wachstumsmotor in Europa. Wer hätte das noch vor einigen Jahren gedacht, als Deutschland infolge der rot-grünen Politik abgeschlagen einen der letzten Plätze im europäischen Vergleich belegte. Die unionsgeführte Bundesregierung hat unser Land sicher durch die Krise gesteuert und mit ihrer Politik den Aufschwung erfolgreich gestaltet.“

DIESE WOCHEN IM PLENUM:

„Der Verbraucher muss wissen, was er isst“

An diesem Mittwoch stellte Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner im Deutschen Bundestag in ihrer Regierungserklärung zur Lebensmittelsicherheit fest: „Dioxin gehört nicht ins Futtermittel und schon gar nicht in die Lebensmittel. Die Beimischung verstößt gegen geltende Gesetze. Es wurde mit unverantwortlichem Vorsatz gehandelt“.



(Hat das Verbraucherinteresse im Blick: Ministerin Ilse Aigner)

Ohne den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft vorzugreifen, sprach sie von einem „hohen Maß an

krimineller Energie“. Die Täter seien skrupellos und hätten gegen gesetzliche Bestimmungen und moralische Regeln verstoßen, sagte die Ministerin.

Neben den Verbrauchern seien die Landwirte unverschuldet Opfer in diesem Skandal geworden. In einer breiten gesellschaftlichen Debatte solle über den Wert von Lebensmitteln und die Rolle der Landwirtschaft diskutiert werden. Vorsorgender Verbraucherschutz liege im Interesse von Bund und Ländern. „Der Verbraucher muss wissen, was er isst“, forderte Aigner. Die Ministerin kündigte eine Novelle des Verbraucherinformationsgesetzes an. Hersteller von Futterfetten müssten zukünftig eine Zulassung beantragen, die an strenge Auflagen geknüpft ist, erläuterte Aigner.

Die zuständigen Überwachungsbehörden der Länder sollen regelmäßige und umfassende Inspektionen vor Ort durchführen. Durch neue Vorschriften werde festgelegt, dass Futterfette und Futterfettsäuren nicht in Anlagen hergestellt werden dürfen, die gleichzeitig Stoffe für die technische Industrie produzieren. Aigner will weiterhin private Labore verpflichten, Ergebnisse von Untersuchungen, die bedenkliche Mengen an unerwünschten Stoffen enthalten, an die zuständigen Behörden zu melden.

Debatten zu Afghanistaneinsatz

Die dritte Regierungserklärung in dieser Woche gab an diesem Freitag der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, zum zivilen Wiederaufbau in Afghanistan ab. Die Bemühungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sind nach Auffassung der Bundesregierung von zentraler Bedeutung für den Erfolg der Staatengemeinschaft bei der Stabilisierung und Befriedung Afghanistans. In diesem Zusammenhang wurde der Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz der NATO-geführten Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) in den Deutschen Bundestag eingebracht. Vorgesehen ist eine weitere Mandatsverlängerung bis zum 31. Januar 2012. Allerdings beginnt Deutschland 2011 mit der Übergabe der

Sicherheitsverantwortung in afghanische Hände. Der Beginn dieses Prozesses ist jedoch nicht gleichzusetzen mit dem sofortigen Abzug der internationalen Sicherheitskräfte, er erlaubt allenfalls deren allmähliche Verringerung in bestimmten Bereichen.



Die Abzugsperspektive für unsere Soldatinnen und Soldaten im Einsatz in Afghanistan und die Übergabe der Verantwortung an die Afghanen muss sich an konkreten Fortschritten vor Ort bemessen. Erst wenn die afghanischen Kräfte die Sicherheitslage tatsächlich beherrschen können, wird eine Reduzierung der internationalen Präsenz möglich. Die Unionsfraktion teilt dabei die Zuversicht der Bundesregierung, im Zuge der Übergabe der Sicherheitsverantwortung die Präsenz der Bundeswehr ab Ende 2011 reduzieren zu können. Dabei ist jeder sicherheitspolitisch vertretbare Spielraum für eine frühestmögliche Reduzierung zu nutzen, soweit die Lage dies erlaubt und ohne dadurch unsere Truppen oder die Nachhaltigkeit des Übergabeprozesses zu gefährden.

NEWS AUS DEM MITARBEITERTEAM

Eine neue Mitarbeiterin in seinem Team konnte diese Woche Thomas Strobl begrüßen: Annika Schmidt aus Heilbronn-Neckargartach. Die 21-jährige Lehramtsstudentin im Fachbereich Deutsch und Politik begann am 10. Januar ein mehrwöchiges Praktikum in der Bundeshauptstadt. „Ich freue mich, nach längerer Pause mal wieder eine Praktikantin aus dem Wahlkreis betreuen zu dürfen“, sagte Thomas Strobl und fügte hinzu: „Der für mich

stets wichtige Bezug zur Heimat wird durch solche Praktika weiter gestärkt und ist mir deshalb ein großes Anliegen.“ Mit dem Fleiß und der Zuverlässigkeit Frau Schmidts sind Thomas Strobl und sein Berliner Stammteam bereits sehr zufrieden. „Sie ist eine wertvolle helfende Hand und damit eine wunderbare Unterstützung in der nun bevorstehenden ‘heißen Phase’ des baden-württembergischen Landtagswahlkampfes, der sich auch in Berlin bemerkbar macht“, sagte Thomas Strobl abschließend und freute sich auf die kommenden Wochen der Zusammenarbeit.



(Gut angekommen in Berlin: Die neue Praktikantin Annika Schmidt)

PRESSEMITTEILUNGEN:



„Durchschaubare Wahlkampfmanöver der Grünen“:

Zur Forderung der Grünen, den Stuttgarter Oberstaatsanwalt Bernhard Häußler vom Ermittlungsverfahren zum Polizeieinsatz vom 30. September 2010 abuberufen, erklärt Baden-Württembergs CDU-Generalsekretär Thomas Strobl (19.01.2011):

„Die Wahlkampfmanöver der Grünen werden immer durchschaubarer: Die jetzt aufgestellte Forderung ist völlig absurd und einer im Parlament vertretenen Partei unwürdig. Von Gewaltenteilung hat man bei den Grünen offensichtlich noch nichts gehört. Sie zeigt, wohin sich die Grünen entwickeln: zu einer auf Krawall gebürsteten Protestpartei, die sich für nichts zu schade ist, solange es nur zu einer Schlagzeile führt.

Nachdem Herr Sckerl schon einmal unsere repräsentative Demokratie zur Disposition gestellt hat und gewalttätiges Vorgehen von Demonstranten als ‚gelebte demokratische Kultur‘ und ‚eine Errungenschaft‘ bezeichnete, disqualifiziert er sich nun erneut und führt die Grünen weiter vom Rechtsstaat weg. Von solchen billigen Manövern sollte sich die Führung der baden-württembergischen Grünen distanzieren.“

Thomas Strobl kritisiert SPD für substanzlose Aussagen (19.01.2011)

Zumeldung zur dpa-Meldung vom 19.01.2011: „Südwest-SPD: Echter Wechsel nur mit Rot-Grün“:

„Nur gegen die CDU zu sein, ist als Wahlprogramm sehr dürrtig - wenn das ein ‚Substanzwahlkampf‘ sein soll, steht es um die SPD noch schlechter als bislang gedacht. Für eine ehemals stolze Volkspartei ist das genauso peinlich wie die Unterwürfigkeit der SPD bei den Grünen. Das alles zeigt, dass die SPD noch nicht einmal eine gute Opposition ist - das wird sie noch weiter üben müssen.

Ausgerechnet Herrn Beck zum Parteitag einzuladen, zeigt, mit welchem Esprit die SPD in den Wahlkampf ziehen will. Er verprasst über den Länderfinanzausgleich unmäßig das Geld, das die Badener und Württemberger erwirtschaften - ohne den Länderfinanzausgleich könnte Herr Beck wahr-

scheinlich noch nicht einmal die Fahrkarte nach Baden-Württemberg lösen. Auf Ratschläge von solchen Leuten verzichten wir recht gerne!

Immerhin ist durch diese Aussagen glasklar, um was es bei der Landtagswahl am 27. März geht. Die Menschen im Land haben die Wahl zwischen der Fortsetzung der erfolgreichen Politik von CDU und FDP in der von Ministerpräsident Stefan Mappus geführten Koalition oder Grün-Rot. Wie grün-rote oder rot-grüne Politik aussieht, zeigt sich ja ganz aktuell in Nordrhein-Westfalen, wo das Landesverfassungsgericht gestern den Vollzug des Nachtragshaushalts gestoppt hat.“



(Unterhalten sich über die Wahlkämpfe 2011: Die beiden Generalsekretäre Thomas Strobl, BaWü, und Hermann Gröhe, Bund)

Tel. 030 / 227-72542
Fax 030 / 227-70132

v.i.S.d.P.:

Dr. Volker M. Schütterle
Büroleiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter

Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB
-Vorsitzender des Ersten Ausschusses
-Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg
-Vorsitzender des Vermittlungsausschusses
-Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin